

Vorwort

»Immer noch schreibt der Sieger die Geschichte
des Besiegten, dem Erschlagenen entstellt
der Schläger die Züge. Aus der Welt geht der
Schwächere und zurück bleibt die Lüge«
(Bertolt Brecht)

»Du sollst dem Ochs, der da drischt,
nicht das Maul verbinden«
(5. Mose 25.4)

Viele Deutsche, die eine DDR-Biographie auf dem Buckel haben, spüren das Wirken zweier antiker Göttinnen seit 1990 mehr denn je in ihrem Leben. Justitia hat keine Binde vor den Augen, wenn sie zulässt, dass zehntausende DDR-Bürger, die im Rahmen der DDR-Gesetze handelten und sich keines Verbrechens schuldig gemacht hatten, vor den Kadi der »Sieger« gebracht wurden.¹

Der Grundsatz der Menschenrechtskonventionen und des Grundgesetzes (Artikel 103), wonach rückwirkendes Strafrecht ausgeschlossen ist, galt und gilt für DDR-Bürger nicht, obwohl der baden-württembergische Ministerpräsident Filbinger mit dem Satz »Was gestern Recht war, kann heute nicht Unrecht sein« seine mörderische Tätigkeit als Marinerichter der Nazis rechtfertigen durfte.

Justitia lässt es auch zu, dass zu Recht in der DDR verurteilte Verbrecher wie Johann Burianek – als erster Terrorist in Dresden 1952 zum Tode verurteilt und hingerichtet – im September 2005 von Berliner Richtern rehabilitiert wurden.²

Die Reihe des Unrechts in Gestalt des Rechts ließe sich lange fortsetzen.

Justitia, die solcherlei Geschehen offenen Auges zusieht – oder schielt sie inzwischen? – hat eine Partnerin gefunden, Klio, die Muse der Geschichte. Wer die Folgen ihres Wirkens in diesen Tagen betrachtet, konnte folgern: Klio ist nicht eine die historische Wahrheit suchende Muse, sondern ein lasterhaftes Flittchen, das sich jedem wohlfeil anbietet. Wie viele Beispiele erleben wir jeden Tag?

Welche erstaunlichen Ergebnisse herauskommen, wenn die schielende Justitia und die käufliche Klio sich verbinden, soll hier an einem Beispiel gezeigt werden. Professor Dr. Jesse, einer der namhaftesten und einflussreichsten Totalitarismusforscher, erklärte 1992: »Die Parallelen zwischen beiden deutschen Diktaturen liegen auf der Hand. ... Die Verbrechen im Dritten Reich richteten sich in erster Linie gegen andere Völker, die in der DDR gegen die eigene Bevölkerung, deren Freiheit die politische Führung in den unterschiedlichsten Varianten beschnitt.« Und er fügte hinzu: »Wer an die Unrechtshandlungen des DDR-Regimes andere Maßstäbe als bei den NS-Verbrechen anlegt, entzieht der Strafverfolgung der NS-Täter die Legitimität. Die Signale, die er setzt, weisen in die falsche Richtung.«³

Das ist für manche praktisch. Der Historiker Jesse prüft nicht, was, wann und warum geschehen ist, sondern er klagt öffentlich an und ernennt sich auch gleich zum (Nürnberger) Richter. Solches Vorgehen verlangt Widerspruch.

In diesem Buch sollen zentrale Fragen aktueller Geschichtspolitik geprüft werden: Welchen Platz nimmt

die Totalitarismus-Doktrin im neudeutschen Geschichtsbild ein?

In wessen Auftrag und mit welchem Ziel wirken Totalitarismusforscher? Gibt es Fakten, die die Totalitarismus-Doktrin bestätigen, oder wird den Fakten der Stempel einer »wissenschaftlichen« Doktrin aufgedrückt?

In dieser Arbeit werden keine neuen Forschungsergebnisse vorgelegt. Auch die Fakten sind dem Leser weitgehend bekannt, ob es um den 8. Mai 1945, den 17. Juni 1953, den 13. August 1961 oder den 9. November 1989 geht. Der Streit entzündet sich nicht an den Tatsachen, sondern an deren Wertung.

Totalitarismusforscher erwarten in der Regel, dass ihre Darstellung als Wahrheit anerkannt wird, gegen die Widerspruch kaum erlaubt ist.

Über historische Wahrheiten gibt es unterschiedliche Auffassungen. Während Goethe seine Lebensbeichte »Dichtung und Wahrheit« nannte, Walter Janka seine »Schwierigkeiten mit der Wahrheit« beschrieb, Karl Wilhelm Fricke sich »Der Wahrheit verpflichtet« fühlt, bestreiten andere, dass es objektive historische Wahrheiten gibt. Kurt Biedenkopf befand an der altehrwürdigen Prager Karls-Universität am 28. April 1995: »Objektive historische Wahrheiten, denen sich alle vorbehaltlos ein- und unterordnen können, gibt es in der menschlichen Erkenntnis nicht.«⁴

Kofi Annan befand: »Man kann aus der Geschichte lernen; ohne einen Sinn für Geschichte kann niemand die Zukunft planen. Wer aus der Geschichte lernt, braucht sie sich nicht zu wiederholen.«⁵

Was aber kann aus der Geschichte gelernt werden?

Völlig anders ein deutscher »Star«-Schriftsteller, der durch seine kurze Mitgliedschaft in der Waffen-SS ins Gerede gekommen ist. In Grass' Novelle »Im Krebsgang« heißt es: »Die Geschichte, genauer, die von uns angeführte Geschichte, ist ein verstopftes Klo. Wir spülen und spülen, die Geschichte kommt dennoch hoch.«⁶

Kann Geschichte »hochkommen«?

Von Napoleon ist der Ausspruch überliefert: »Das objektive Bild der Geschichte ist immer die Summe der Lügen, auf die man sich nach dreißig Jahren geeinigt hat.«⁷

Wie viel Deutungen sind dann möglich?

Die marxistische Geschichtsschreibung⁸, auf die hier nicht ausführlich eingegangen wird, ist bestrebt, relative Wahrheiten und Gesetzmäßigkeiten im Geschichtsablauf zu erkennen, um das eigene Handeln bewusst gestalten zu können.

Die marxistische Geschichtsbetrachtung beruht auf wissenschaftlich überprüfbaren Erkenntnissen, z. B. über das Wesen und die Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Entwicklung, die Ursachen von Kriegen und Aggressionen, die Rolle bestimmter Persönlichkeiten. Die Wurzeln und die Geschichte der faschistischen Diktatur, der Charakter der DDR, die Triebkräfte der Entwicklung der Bundesrepublik lassen sich mit den Methoden des historischen Materialismus wissenschaftlich erklären. Das ist eine Möglichkeit, aber eine anstrengende Arbeit.

Wer geschichtliche Abläufe mit Gottes Willen oder dem willkürlichen Handeln einzelner Personen begründet, hat es leichter, kann aber nichts erklären und auch keinen Rat für eine rational handelnde Politik geben. Die Gegenwart

ist für sie ein undurchschaubares Chaos, die Zukunft liegt im Finstern.⁹

Welche Geschichtsphilosophie auch immer betrachtet wird, seit den überlieferten Arbeiten der ersten griechischen Historiker Herodot und Thukydides ist das Geschichtsbild stets Instrument und Teil der Politik.

An der Vergangenheit ist nichts zu ändern, das Geschichtsbild ist auch zweckbestimmt – veränderbar. Aus der Geschichte kann gelernt werden, was und wie, das zeigt sich im jeweiligen Geschichtsbild. Die Politik **bestimmt** das Geschichtsbild. Seit römischen Zeiten gibt es Siegerjustiz und das Geschichtsbild des Siegers. So wird auch erklärlich, warum (erst) *nach* der Wende Themen, mit denen zwar Geschichte nicht »erklärt«, aber der Sozialismus/DDR diffamiert werden kann, staatlich verordnet werden und honorierte Dauerbrenner sind.

Es ist wahr, dass Marxisten nach dem Vorbild von Karl Marx und Friedrich Engels bemüht sind, Triebkräfte, Ursachen und Gesetzmäßigkeiten des geschichtlichen Ablaufs zu entdecken und Erfahrungen und Erkenntnisse im politischen Kampf anzuwenden.¹⁰

Wissenschaftlichkeit bei der Geschichtsbetrachtung und Parteilichkeit bedingen einander.

Bei Walter Ulbricht war dieses Bemühen ausgeprägt. Ohne revolutionäres Geschichtsbild und Geschichtsbewusstsein ist progressives Handeln kaum denkbar.

Es ist ebenso aber wahr, dass auch reaktionäre Politiker wie Franz Josef Strauß geschichtliche Erfahrungen – aus der Sicht ihrer Interessen – nutzen: »Jede Politik muss gründen auf geschichtlicher Erfahrung, politischer Vernunft und sittlichem Empfinden. Geschichtliche

Erfahrung bedeutet ... Berücksichtigung der geostrategischen und machtpolitischen Situation...«¹¹

Richard von Weizsäcker formulierte diese Erkenntnis so: »Beschäftigung mit Geschichte ist immer beeinflusst von den Kämpfen und Zielen der Gegenwart. Sie ist dem politischen, sozialen und ideologischen Streit der heutigen Zeit ausgesetzt.«¹²

Das meinte Goethe auch, als er seinem »Faust« in den Mund legte:

»Was ihr den Geist der Zeiten heißt,
Das ist im Grund der Herren eigener Geist,
In dem die Zeiten sich bespiegeln ...
Die wenigen, die was davon erkannt,
Die töricht g'nug ihr volles Herz nicht wahrten,
Dem Pöbel ihr Gefühl, ihr Schauen offenbarten,
Hat man von je gekreuzigt und verbrannt.«

Was Goethe und Richard von Weizsäcker zu unterschiedlichen Zeiten und mit differenzierter Sichtweise formulierten, begegnet uns heute täglich wieder. Aber es zwingt auch zu der Frage: Wer bestimmt das Geschichtsbild? Wer erzeugt den »mainstream« der Gefühle? Warum und mit welchem Ziel?

Erst für den, der davon ausgeht, dass es keine historische Wahrheit gibt und Traditionsbild und Traditionsverständnis je nach Wunsch und Interessen von Politikern bestimmt werden können, ergibt es einen »Sinn«, einen »Zipfel vom Mantel der Geschichte« zu ergreifen und der »Göttin der Geschichte« für ihre »Geschenke« zu danken. Freilich ist für manchen ein solches

Geschichtsverständnis allzu unbedarft. Weshalb soll jemand nach einer »Wahrheit« suchen, die es prinzipiell nicht gibt? Und wozu eine »Geschichtsaufarbeitung«, von der Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985 sagte: »Es geht nicht darum, Vergangenheit zu bewältigen. Das kann man gar nicht. Sie lässt sich ja nicht nachträglich ändern oder ungeschehen machen. Wer aber vor der Vergangenheit die Augen schließt, wird blind für die Gegenwart. Wer sich der Unmenschlichkeit nicht erinnern will, der wird wieder anfällig für neue Ansteckungsgefahren.«¹³

Wer die Weisheit Goethes und die Erkenntnis von Weizäckers bedenkt, wird sich über die dialektische Beziehung zwischen Politik und Geschichtsbild nicht wundern. Im gesellschaftlichen Bewusstsein geht es bis heute nicht primär um die historische Wahrheit, sondern eine **bestimmte** Sicht auf die Vergangenheit. In diesem Sinne äußerte sich Bundespräsident Roman Herzog über Tradition, Traditionsverständnis und Traditionspflege: »Tradition ist nämlich nicht die pauschale Fortsetzung von Geschichte. Tradition ist die Auswahl von Menschen, von Worten, Haltungen und Taten, die als beispielgebend bewertet werden. Tradition heißt Überlieferung von Werten in diesem Sinne und dient in genau diesem Maße auch der Erziehung von Menschen.«¹⁴

Was soll mit der »Tradition« à la Herzog erreicht werden? Das »Handwörterbuch zur deutschen Einheit«, das für die politische Bildung gedacht ist, sagt dazu: »Begriffsbestimmung: Geschichtsbewusstsein ist ein Konstrukt zur Umschreibung und Erklärung intellektueller Fähigkeiten, Bewusstseinsfunktionen, Verhaltensweisen und Einstellungen von Individuen und Gruppen. Es beinhaltet die

Fähigkeit einer Person, die jeweils eigene Lebenssituation in den gesellschaftlichen, historisch-politischen Gesamtkontext einordnen zu können. Das Individuum leistet dabei eine kritisch-reflektierende Bewertung der eigenen Position sowohl im zeitlichen Ablauf der Geschichte, als auch im sozialen Umfeld. Geschichtsbewusstsein konstituiert sich einerseits durch soziale Interaktion und gesellschaftliche Vermittlungsprozesse sowie andererseits durch die psychologische Verarbeitung jeweils eigener historischer und biographischer Erfahrungen. Neben Individuen sind auch Kollektive in der Lage, ein gemeinsames historisch-politisches Bewusstsein zu entwickeln. Ein kollektiv geteiltes Geschichtsbewusstsein trägt einen bedeutsamen Teilbereich der politischen Einstellungen und Verhaltensweisen einer Gesellschaft und ist daher Ausdruck der jeweiligen politischen Kultur. Es beeinflusst die gesamtgesellschaftlichen Entscheidungsfindungsprozesse und Konfliktregelungsmechanismen und schlägt sich in der Ausgestaltung politischer und sozialer Institutionen nieder. Ein kollektives – nationales, regionales etc. – Geschichtsbewusstsein transportiert darüber hinaus die kollektiven Sinnbestände, Normen und Traditionen einer Gruppe durch die Zeit und trägt dadurch in unterschiedlichem Maße zur Stabilität und Kontinuität von Gesellschaften bei.«¹⁵

Merke: Geschichtsbewusstsein konstituiert sich durch gesellschaftliche Vermittlungsprozesse. Daraus ergibt sich: »Wahrheiten« und Traditionen sind subjektiv bestimmt und wandeln sich, sogar dann, wenn die Fakten dieselben bleiben. Der 8. Mai 1945 ist für die einen buchstäblich »Tag der Befreiung« (sind z. B. die Überlebenden

von Auschwitz am 27. Januar 1945 von der Roten Armee befreit worden?), für die anderen eine »nationale Katastrophe« (die auf den 30. Januar 1933 datiert werden müsste). Ich wiederhole: Bei der Formung des Geschichtsbewusstseins geht es, ohne dass der Betroffene sich dessen bewusst werden muss, um Normen politischen Verhaltens. Dann erklärt sich auch, durch wen was und wie zur Verhaltensnorm erhoben werden soll, was moralische Wertungen vergangener Zeiten einschließt.

So erklärt sich auch, dass Politiker Totalitarismusforschern vorgeben, was sie vorrangig zu »erforschen« haben. Es geht ihnen kaum um Fakten und Zusammenhänge, sondern um Stereotypen, z. B. über den »Unrechtsstaat DDR«. Nach Hans Henning Jahn sind Stereotype »subjektive, von Emotionen beeinflusste und verallgemeinernde Werturteile, die auf Gruppen von Menschen angewendet werden«, wobei die »emotionale Komponente dominiert«. Seine Definition: »Ein Stereotyp stellt eine Aussage dar, und zwar ein (mehr oder weniger offen so deklariertes) Werturteil, das gemeinhin von einer starken Überzeugung getragen bzw. – wie es der polnische Philosoph Adam Schaff formuliert hat – emotional aufgeladen ist.

Es wird (meist) auf menschliche Gruppen angewandt, die unterschiedlich definiert sein können (national, ethnisch, konfessionell, sozial, professionell, politisch), und zwar in verallgemeinernder Absicht. Die Feststellung, dass eine Aussage ein Stereotyp sei, sagt nichts über den Wahrheitsgehalt bzw. Unwahrheitsgehalt der Aussage aus, jedoch etwas über den Wahrheitsanspruch – gemeinhin werden Stereotypen in sehr affirmativem Sinne benutzt.¹⁶

Kurt Biedenkopf gab Mitarbeitern des Hannah-Arendt-Instituts den Auftrag, den »Giftmord« am ersten sächsischen Ministerpräsidenten nach 1945, Dr. Rudolf Friedrichs, zu »erforschen«, einen Mord, den es nie gegeben hat.¹⁷

Helmut Kohl legte (nicht nur am 3. Juli 2003 im Dresdner Landtag) den Mitarbeitern des Hannah-Arendt-Instituts ans Herz, ihre Arbeit auf den 20. Juli 1944, den 17. Juni 1953 und den Herbst 1989 zu konzentrieren.¹⁸ Welche Überfülle an Literatur es dazu schon gibt, schien er nicht zu wissen.

Wie unbedarft sich mancher inkompetente Politiker sein Geschichtsbild bastelt, bewies auch die CDU-Vorsitzende (noch nicht Kanzlerin) Angela Merkel am 13. Juni 2002, als sie zu dem Thema sprach: »Die DDR im Geschichtsbewusstsein der Deutschen.« Inhalt waren persönliche Erlebnisse, Eindrücke und Wertungen. Sind sie auf 80 Millionen Deutsche übertragbar?

Zwar beklagt sie, dass sie enttäuscht sei, »dass die Debattenkultur in der alten Bundesrepublik Deutschland nach so vielen Jahren Demokratie im Grunde nicht sonderlich ausgeprägt ist.«¹⁹ Warum wohl?

Zugleich legt sie verbindlich fest: »Die DDR war eine Diktatur. Da gibt es gar nichts zu diskutieren. Man kann deshalb den Menschen nicht weismachen, dass die DDR ein Rechtsstaat gewesen sei. Sie war ein Unrechtsstaat.«²⁰ Basta! Sind da noch Fragen erlaubt?

Darf für viele der Berufs-Dissidenten gelten, was Marianne Birthler der Berliner Zeitung vom 17./18. Juni 2006 offenbart hat? Frage: »Haben Sie ein unglückliches Leben in der DDR geführt?« Antwort Birthlers: »Aber nein, schon gar nicht als Privatperson, beruflich oder als Mutter. Aber darüber zu reden ist etwas ganz anderes, als das

politische System der DDR zu beschreiben, auch in seinen Auswirkungen auf mein Leben in der DDR. Ich habe den Eindruck, dass viele diese Perspektiven nicht auseinander halten.«²¹

Marianne Birthler hat sich als Privatperson, beruflich oder als Mutter nicht unglücklich gefühlt – über das »System der DDR«? Vermutlich wird das jeder Leser kennen, der sich in der DDR wohl gefühlt hat, aber nun todunglücklich ist – über das »System der BRD«?

Verteidiger dieses Systems würden sagen: Die Demokratie ist nicht dazu da, Glück zu schaffen. Aber wozu dann? Vielleicht weiß es ein von Amts wegen Beauftragter, z. B. der Beauftragte für Medien und Kultur.

Hermann Schäfer, Ministerialrat und Stellvertreter des Bundesbeauftragten für Kultur und Medien, der sich als Professor auch mit historischen Ausstellungen beschäftigt hat, derselbe, der am 25. August 2006 in seiner »Weimarer Rede« Buchenwaldhäftlinge beleidigte und einen heftigen Protest auslöste, ging auch auf die Rolle des Staates und die Aufgaben von Historikern ein: »Ich sage nicht, dass es Aufgabe einer staatlichen Pflege des Geschichtsbewusstseins ist, eine stromlinienförmige Identität zu erzeugen ... Historiker wissen, dass für ein und denselben Sachverhalt oft mehrere Interpretationen oder Perspektiven existieren ... Historiker und andere Zeitgenossen, die sich erinnern, neigen mitunter dazu, alles zu unterdrücken, was nicht in ihr Weltbild passt ... Der Staat einer solchen Gesellschaft muss ein Geschichtsbild favorisieren, das einerseits offen ist für verschiedene Interpretationen und Gewichtungen, das andererseits aber auch Orientierung und einen gerechten Maßstab bietet.«²²

Wir nehmen an, Schäfer zählt die Bundesrepublik nicht unter die totalitären Staaten. Wie erklärt er dann, dass Gauckianer auf das Geschichtsbild maßgeblich einwirken? Untersteht die Gauck/Birthler-Behörde samt ihrer »Forschung« nicht der Bundesregierung?

Waren die »Eppelmann-Kommissionen« nicht vom Bundestag eingesetzt worden, um ein »stromlinienförmiges« Geschichtsbild über die DDR zu erzeugen?

Nach Martin Sabrow, Direktor des Zentrums für zeit-historische Forschung in Potsdam, dokumentiert sich in der Arbeit der beiden Enquete-Kommissionen unter der Leitung Eppelmans »die Bereitschaft des Gesetzgebers, keine zweite Vergangenheitsverdrängung zuzulassen.«²³

Das bedeutet mindestens zweierlei: Es gab nach 1945 im Westen Deutschlands eine »Verdrängung« der Vergangenheit (gemeint ist die Erinnerung an sie). Wer hat sie warum zugelassen? Warum und wie hat der »Gesetzgeber« nach 1990 ein »verordnetes Geschichtsbild« auf der Grundlage der Totalitarismus-Doktrin geschaffen?

Sind die Zentren der Totalitarismusforschung, z. B. das Hannah-Arendt-Institut in Dresden, nicht Erfüllungsgelhilfen von Politikern im buchstäblichen Sinne?

Hier sei an den Fakt erinnert: Der Bundestag reihte sich mit den Veröffentlichungen der Eppelmann-Kommission – 18 Bände mit 15.000 Seiten – in die Front der verordneten Geschichtsschreibung ein. Warum können Totalitarismusforscher in Deutschland nahezu widerstandslos agieren?

Einer der Gründe ist, dass Totalitarismusforscher Teil der vom Kapital finanzierten und dirigierten Bewusstseinsindustrie sind. In der Praxis zeigt sich eine Art dialektische Wechselwirkung zwischen (imperialistischem) Staat und

Bewusstseinsindustrie, wie sich am Wirken der Eppelmann-Kommission, der Gauck/Birthler-Behörde und des Hannah-Arendt-Instituts exemplarisch zeigt.

Ein weiter Grund – vor allem in den westlichen Bundesländern – ist, dass die Geschichtskennntnisse der »Normalbürger« für die Zeit nach 1945 auf den »Mauerbau« und den »Mauerfall« begrenzt sind, wie die »Zeit« in einer Sondernummer im April 2005 herausgefunden hatte.²⁴

Wenn in diesem Buch über die verhängnisvolle Wirkung der Totalitarismusforschung geschrieben wird, darf ein Hinweis auf die Komplizenschaft von Medien nicht ausgespart werden.

Wenn z. B. von der Hamburger »Zeit« behauptet wird: »Bundeskanzler Willy Brandt hätte 1969 seine neue Ostpolitik nicht in die Wege leiten können, wenn ihm nicht Journalisten, allen voran die der ›Zeit‹, aus eigener Einsicht und Überzeugung vorgearbeitet hätten ... Wenn es zur Entscheidung kommt, was Vorrang haben soll, Auflage oder Profil, Einschaltquote oder Kontur, dann verzichten die einen auf Charakter, die anderen riskieren die Existenz.«²⁵ dann lässt sich erahnen, wie es bei weniger seriösen Blättern zugeht.

Martin Sabrow, Direktor des Zentrums für Zeithistorische Forschung in Potsdam, stellte fest: »An der zeit-historischen Erkenntnisbildung sind über die akademischen Einrichtungen hinaus längst Medien, Museen und Gedenkstätten ebenso beteiligt wie private Unternehmen und Vereine, soziale Interessenverbände und politische Körperschaften.«²⁶

Könnte damit eine Art »Gleichschaltung« aller wichtigen Produzenten von Geschichtsbildern gemeint sein,

vom Fernseh-Dokumentaristen Guido Knopp bis zum Stasi-Jäger Joachim Gauck?

Zwar hat Prof. Dr. Günther Heydemann in einer Zuschrift an die FAZ konstatiert, dass es bei der DDR-Forschung ein Grundproblem gibt, weil es »einer Reihe von Gremien an politischer Ausgewogenheit gebricht«²⁷, aber ist er nicht ein Rufer in der Wüste?

Heydemann weiß natürlich, dass entscheidende Produktionsstätten von Geschichtsbildern Fernsehanstalten, Filmproduzenten, Zeitschriften- und Zeitungsredaktionen sind, die in der Regel behaupten, »unabhängig« zu sein. Aber gerade DDRologen und Totalitarismusforscher wissen, dass an der behaupteten »Unabhängigkeit« nicht viel dran ist. Wer will, kann das an jeder beliebigen Ausgabe des Deutschland Archiv prüfen, ein Dorado für Totalitarismusexperten und DDRologen mit bestimmender Funktion bei der Durchsetzung eines antikommunistischen Geschichtsbildes.

Um festzustellen, dass es sich beim Deutschland Archiv um eine Zeitschrift handelt, die sich vor allem mit Ostdeutschland befasst und das Denken und Fühlen der Ostdeutschen diktieren will, genügt es, eine Nummer zu prüfen. Wir tun das exemplarisch an der Nr.5/2006 und finden: Sven Felix Kellerhoff fordert die Nutzung der »Rosenholz«-Datei. Udo Scheer verleumdet Autoren (auch »Ossietzky«), die sich gegen das verordnete Geschichtsbild der Neubert und Schipanski (Tübke-Bild) wehrten. Es gibt einen Nachruf für Rainer Barzel.

Andreas Hallermann untersucht die Wirkungen der Sozialpolitik in Ostdeutschland. Gitta Schiller äußert sich über die Haltung ostdeutscher Frauen beim

»Transformationsprozess«. Karsten Speck und Wilfried Schubarth fragen, ob die ostdeutsche Jugend im Westen angekommen ist (was sie verneinen). Günter Glaser prüft das Verhalten der NVA in der »Umbruchsphase der DDR«. Peter Joachim Lapp schreibt über die Kadetten der NVA. Siegfried Prokop analysiert den »ungarischen Einfluss auf die intellektuelle Opposition in der DDR im Jahre 1956«. Matthias Loeding untersucht die Wirkung von Reden Schumachers 1945 im Hinblick auf die SED-Gründung. Jörg Bernhard Bilke interessiert sich für die DDR-Rezeption des Dichters Gottfried Benn. Franzisca Weil erhält viel Platz, um über ehemalige IM-Ärzte in der letzten Volkskammer der DDR zu schreiben.

Es folgen »Widerspruch« und »Erwiderung« zum Thema Ostpolitik Willy Brandts. Unter der Überschrift »Forum« sind fünf Beiträge zusammengefasst. Markus Dittmann befasst sich mit Aspekten der Kohlschen »Wiedervereinigung«. Uta Karstein und Thomas Schmidt-Lex analysieren die Transformation in ostdeutschen Familien. Eckhard Jesse vergleicht sächsische Bürgerrechtler 1989/90 und heute. Alf Lüdke äußert sich zum Bericht der »Sabrow-Kommission«, Martin Sabrow zur Kritik an seinen Empfehlungen zur »Aufarbeitung« der DDR-Geschichte.

Unter »Tagungen/Veranstaltungen« finden wir fünf Berichte, die sich mit der Vergangenheit Osteuropas und der DDR beschäftigen. Rezensionen gibt es 17. Die besprochenen Bücher betreffen alle die DDR.

Die Großkopfeten der BRD setzen bei ihrem selbstmörderischen Feldzug gegen das »Gespenst« DDR eine unglaubliche Streitmacht mit großem personellem und finanziellem Aufwand (auf Kosten der Steuerzahler) ein.

An der »Aufarbeitung« der DDR-Geschichte beteiligen sich

- mehr als 1.200 Forschungsprojekte, deren Ergebnisse ganze Bibliotheken ausfüllen,
- etwa 250 Archive und Bibliotheken,
- rund 50 Institutionen der politischen Bildung,
- 65 Museen und Gedenkstätten und
- 20 Fachzeitschriften.

In dieser Aufzählung sind Fernsehdokumentationen und Filme, Verlage und Schulbücher (zur DDR-Geschichte über 60) nicht enthalten.

Eine exakte Gesellschaftsanalyse, die den Menschen unserer Zeit vernünftiges, ihren Interessen gemäÙes Handeln ermöglicht, wird von Totalitarismusforschern nicht erwartet und nicht geleistet.

Für sie liegt das Ergebnis der »Forschung« fest, ehe eine Untersuchung beginnt: Die DDR war des Teufels, die BRD das christlich-parlamentarische Musterlände.

Der Belesene erinnert sich vielleicht: »Es gibt Spiegel, welche so verschoben und geschliffen sind, dass selbst ein Apollo sich als eine Karikatur abspiegeln muss.«²⁸

Ein Geschichtsbild, das zeigt, »wie es gewesen ist«, setzt voraus, dass die Geschichte der Ostzone/DDR und die der Westzonen/BRD von ihren Voraussetzungen her, den unterschiedlichen Ausgangsbedingungen, und in ihren konfliktreichen Wechselbeziehungen dargestellt wird. Die Politik beider deutscher Staaten war eingebettet in die Blockkonfrontation und war ein Wechselspiel von Aktion und Reaktion, vor allem die Schlüsselereignisse, die Gründung der beiden deutschen Staaten, der Eintritt in die Wirtschafts- und Militärblöcke, die sicherheits- und

außenpolitischen Strategien. Angesichts der Restauration des Imperialismus in der BRD, der »roll back«-Politik, der ökonomisch-militärischen Stärke der BRD waren viele der politischen Schritte der DDR nicht erstrebenswert, aber für die Existenz notwendig.

Die erklärte Absicht der herrschenden Klasse und ihrer willigen Helfer auf dem Schlachtfeld der Ideologie ist es, der Arbeiterbewegung ihr historisches Gedächtnis, ihre Geschichten und ihre Geschichte zu rauben. Das schließt den Missbrauch und die Verfälschung von Begriffen ein. Wissen die Täter, was sie tun oder gilt »Herr, vergib ihnen ...«? Die Antwort geben führende Repräsentanten selbst.

In »einem geschichtslosen Land (gewinnt) die Zukunft, wer die Erinnerung füllt, die Begriffe prägt und die Vergangenheit deutet.«²⁹

Michael Stürmer gehörte zu den ghost-writern Helmut Kohls, der ähnliche Gedanken oft wiederholt hat.

Wenn ich die Vermutung aussprach, dass Klio im zerschlissenen Gewand einer Vettel agiert, könnte ein Buch der Konrad-Adenauer-Stiftung die Bestätigung liefern. Wir lesen in ihm: »Mit Geschichte lassen sich Skandale kreieren, die Welt in ›anständig‹ und ›unanständig‹ aufteilen in ›gut‹ und ›böse‹, lassen sich Debatten inszenieren, die über Wochen die Feuilletons beschäftigen und mediale Präsenz ermöglichen. Mit Geschichte lässt sich von den ›harten‹ Problemen, die Detail und Umsetzung erfordern, ablenken zugunsten geistesgeschichtlicher Großwetterlage, in die man Zeitdiagnostisches nach Belieben einspeisen kann. Denn ihr Potential ist für alles gut: für das falsche Zitat, die unzutreffende Parallele, für das gewollte

Missverstehen, den übertriebenen Vergleich, für vermeintliche Ursache und unterstellte Wirkung, für Ästhetik und Moral, für Vorbild, negativ oder positiv, für die Sehnsucht nach historischer ›Verortung‹ angesichts zunehmender Innovationsdynamik, gar nach ›Identität‹ ...

Nicht der Vergleich selbst ist bedeutsam, bedeutsam ist die bildungsbürgerliche Pose, noch vergleichen zu können. Politische Wirkung gewinnen Vergleiche, Akzente, Bewertung von Abläufen oder Beurteilungen von Personen erst wirklich, wenn sie sich zu zeithistorischen Geschichtsbildern verdichten.«³⁰

Wer solchen Missbrauch des Geschichtsbildes betreibt, ist erkennbar. Wenn es einen Kommandeur auf diesem Gebiet gäbe, wäre es Pfarrer Gauck. Auf einer »internationalen Fachtagung« Anfang Mai 2006 in Berlin hielt es Joachim Gauck für »zweckdienlich«, am Gebrauch der Totalitarismus-Doktrin festzuhalten.³¹

Welchem Zweck dient sie wem? Der historischen Wahrheitsfindung? Der politischen Versöhnung? Einer friedlichen Zukunft? Was heißt »Zweck« eines verordneten Geschichtsbildes? Gauck ging in Tutzing zwei Tage später noch weiter: »Den Vergleich beider Diktaturen zu scheuen, bezeichnete er als ›Schwachsinn‹.«³²

Er und seinesgleichen verkörpern also die Vernunft? Wir werden den »Vergleich beider Diktaturen« nicht scheuen, aber der Pfarrer, dem Worte wie Feindesliebe, Versöhnung und Gnade Fremdworte zu sein scheinen, wird sich nicht freuen.

Übrigens: Pfarrer Gauck scheint die Bürger der DDR schlechter zu behandeln, als die USA-Besatzer die Afghanen. Ronald Neumann, USA-Botschafter in Afghanistan,

sagte über »Geschichtsaufarbeitung« in seinem Gastland: »Die Afghanen werden sagen müssen, wie viel Aufarbeitung der Geschichte das Land verträgt, ohne dass die Gesellschaft aus den Fugen gerät.«³³ Afghanen dürfen sagen, was sie an »Aufarbeitung« ertragen, dürfen das Ex-DDR-Bürger auch?

Wenn ich hier in die Rolle des anonymen Afghanen schlüpfte, beanspruche ich zunächst das Recht auf Widerspruch gegenüber den Gauckianern, die sich als Anwälte der »Opfer« drapieren:

Erstens sind die Gauck, Birthler, Eppelmann, Knabe und Co. in der DDR keine Opfer gewesen.³⁴ Für sie könnte das Wort Maxim Gorkis gelten: »Die Teufel in der Hölle leiden Qualen vor Neid, wenn sie sehen, mit welcher jesuitischen Gewandtheit die Menschen sich gegenseitig verleunden.«

Zweitens sind Opfer nicht gleich Opfer. Als Görlitzer waren meine politischen Lehrer nach 1945 Otto Buchwitz und Artur Ullrich, der eine kam aus dem Zuchthaus Brandenburg, der andere aus dem KZ Buchenwald. Sie hatten nach 1945 keine Zeit, ihre Wunden zu belecken. Der Görlitzer Nazikreisleiter Bruno Malitz und der Oberbürgermeister Dr. Meinshausen waren Kriegsverbrecher, die in einem öffentlichen Prozess zum Tode verurteilt und am Münchner Platz in Dresden hingerichtet wurden. Wenn sie Opfer waren, dann nicht der DDR-Justiz, sondern ihrer eigenen Verbrechen.³⁵

Drittens ist die »Saldierung der Opfer« ein makabres Geschäft, wie Bundespräsident Roman Herzog am 13. Februar 1995 in der Dresdner Kathedrale feststellte.³⁶

Es wird nicht ehrenwerter, wenn es Totalitarismusforscher betreiben.

In dieser Arbeit stehen nicht die »Opfer zweier Diktaturen« im Mittelpunkt, sondern es wird der »Diktaturenvergleich« auf Hauptgebieten der geschichtlichen Entwicklung seit 1933 versucht, der Vergleich

- der Eigentumsverhältnisse,
- der Macht- und Regierungsstrukturen,
- der Außenpolitik,
- der Ideologie,
- der Armee,
- der Repressionsapparate, Justiz und Geheimdienste,
- der Kirchen und
- der Erinnerungspolitik.

Der Vergleich in diesem Buch unterscheidet sich von bisher üblichen »Diktaturenvergleichen« von faschistischer Diktatur und DDR.

Bei jedem der Vergleiche wird die BRD eingeschlossen, sowohl hinsichtlich ihres Verhältnisses zu Erbe und Tradition des Faschismus, als auch in ihrer Politik gegenüber der DDR.

Das ergibt sich aus dem tatsächlichen Verlauf der Geschichte, denn die BRD-Entwicklung begann nicht mit einer Stunde Null, und sie verlief nie isoliert von der Geschichte der DDR. Weder die Geschichte der BRD noch die der DDR können isoliert voneinander dargestellt werden.

Dieser »Diktaturenvergleich« wird Lücken haben. Eine der Lücken z. B. betrifft das reizvolle Gebiet der Literatur, der bildenden und darstellenden Kunst. Es wäre nützlich, im Detail zu prüfen, warum Konrad Wolf, Arnold Zweig,

Anna Seghers, Bert Brecht, Maxi Wander und viele andere bewusst ihre Heimat in der DDR suchten. Es würde sich lohnen, die Film- und Fernsehkunst in beiden deutschen Staaten in ihren inhaltlichen und personellen Traditionslinien zu untersuchen und die Arbeitsergebnisse zu vergleichen.

Erfreulicherweise entstehen immer mehr Arbeiten, die nachweisen, dass nicht Wolf Biermann der Höhepunkt der deutschen Nachkriegsliteratur ist, sondern Bertolt Brecht und Peter Hacks.

Auch Vergleiche des Bildungssystems, der Filmkunst usw. differenzieren das von Totalitarismusforschern schwarz gemalte Bild. Das nähert sich der historischen Wahrheit und entspricht den anerkennenden Worten Willy Brandts in seiner »Dresdner Rede« vom 22. Februar 1992: »Für die Einladung, die mich heute zu Ihnen nach Dresden führt, bin ich dankbar. Auch dafür, dass wir uns im Staatsschauspiel treffen. Gestern Abend wurde hier, so sagte man mir, ein Stück aufgeführt, in dem es um die Unterhöhlung gesellschaftlicher Bindungen geht. Ein Stück, das sich vor drei Jahren kaum auf dem Spielplan befunden hätte. Aber gutes Theater wurde hier doch gespielt, hier wie anderswo in der DDR – das ist mir wohl bewusst. Das kulturelle Leben, zumal die künstlerische Entfaltung, behaupten sich in diesem Teil Deutschlands auf hohem Niveau. Das wird weiterwirken, und es widerlegt jene versprengten Blindgänger, die meinen, die alten deutschen Länder, die man – historisch wie sprachlich absurd – die neuen nennt, insoweit einer Kultivierung aussetzen zu sollen. Hier braucht nicht gelernt zu werden, wie man Stücke auf die Bühne und gutes Deutsch zwischen

zwei Buchdeckel bringt. Wie Klangkörper von Weltrang bewahrt, große Kunstsammlungen gehütet werden. Es ist ja sonst wahrlich genug zu tun.«³⁷

Obwohl der Vergleich auf den Gebieten von Volksbildung, Musik, Theater, Literatur, Kinderbetreuung usw. die DDR eindeutig auf die Siegerstraße führte, wird auf ihn hier verzichtet. Die Kohlregierung wie die Totalitarismusforscher verzichten auf die Befolgung des biblischen Rats: »Prüfet alles, das Gute behaltet.«

